№ 7.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 7. Februar 1906.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Achelis, Just.	Depken, Joh. jun.	Franke, J. Aug.	Kämena, H.
Bauer, Heinr.	Depken, Joh. sen.	Freese, J. C. H.	Meyer, Paul.
Bömers, H. F. E.	Dubbers, Aug.	Heinemann, Ernst Friedr.	Rutenberg, Heinr.
Danziger, Dr. jur.	van d. Emde, Herm.	Hergt, Prof. Dr. phil.	

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 26. Januar 1906:	
2. Jahresbeitrag an die Gesellschaft Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine	125
3. Neue Straßenlinien für die Bornstraße, die Straße am Wandrahm und die Ellhornstraße.	(N. z. Verh. gek.)
4. Festsetzung von Planstraßen in der Feldmark Gröpelingen	126
II. Mitteilung des Senats vom 14. November 1905 und 30. Januar 1906: Festsetzung von Planstraßen zwischen Wachmann- und Georg-Gröningstraße	127
III. Antrag auf Niedersetzung einer ständigen Kommission wegen Dienstwohnungen	128
IV. Antrag, betreffend Ausstellung für Heimindustrie in Berlin	130
V. Mitteilung des Senats vom 16. Januar 1906:	
9. Ankauf von Ländereien in Lankenau	133
10. Vergrößerung des chirurgischen Hauses	133
VI. Mitteilung des Senats vom 19. Januar 1906:	
3. Neubau des Verwaltungsgebäudes	137
VII. Mitteilung des Senats vom 17. November 1905:	
5. Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen	137
VIII. Mitteilung des Senats vom 30. Januar 1906:	
1. Errichtung geschlossener Flußbadeanstalten	139
3. Fuhrwerksverkehr in der Pieperstraße	140
IX. Mitteilung des Senats vom 9. Januar 1906:	
6. Budget für außerordentliche Ausgaben für das Rechnungsjahr 1906	(N. z. Verh. gek.)
X. Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1905:	
2. Erweiterung des Elektrizitätswerkes.	(N. z. Verh. gek.)
XI. Mitteilung des Senats vom 10. März 1905:	
9. Anstellung eines elften und zwölften Bauaufsehers bei der Abteilung Hochbau der Baudeputation.	(N. z. Verh. gek.)
XII. Mitteilung des Senats vom 28. Februar 1905:	
1. Erweiterungsbauten für Ellen.	(N. z. Verh. gek.)
XIII. Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 1905:	
2. Neubau des Stadthauses.	(Archiv.)
XIV. Bericht der Kommission (Nr. 1.) wegen Baustellensteuer.	(N. z. Verh. gek.)
XV. Mitteilung des Senats vom 2. Februar 1906:	
5. Unfallversicherung.	(N. z. Verh. gek.)
6. Vergrößerung der Strafanstalt Oslebshausen.	(N. z. Verh. gek.)
7. Erweiterung der Polizeiwache X im Freihafen.	(N. z. Verh. gek.)
8. Eingabe von August Witthöft.	(N. z. Verh. gek.)
9. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets der Staatsanwaltschaft.	(N. z. Verh. gek.)
10. Senatsfonds.	(N. z. Verh. gek.)
11. Ankauf von Straßengrund der Hauptstraße.	(N. z. Verh. gek.)
12. Rechnungsabschluß des Schlachthofs für das Jahr 1904.	(N. z. Verh. gek.)

Herr Theodor Gruner präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 22 Minuten.

Präsident: Zunächst habe ich anzuzeigen, daß Herr Heinrich Struckmann den in voriger Sitzung gestellten Antrag wegen Ueberführung der Bremen-Hannoverschen Eisenbahn bei Hastedt zurzeit zurückzieht.

Eingegangen ist eine Senatsmitteilung vom 6. Febr. betreffend 1. Budget für das Rechnungsjahr 1906, 2. Umänderungsarbeiten an den Wirtschaftsgebäuden in Höpkensruh, 3. Vorschuß des Gläubigers im Offenbarungseidverfahren.

Dann ist angezeigt, daß für die Verhandlung der Mitteilung des Senats vom 2. Februar, Vergrößerung der Strafanstalt Oslebshausen, Herr Senator Hildebrand zum Senatskommissar bestellt worden ist und für die Verhandlungen über das Budget Herr Senator Dr. Donandt, für die Verhandlung der Mitteilung des Senats vom 26. Januar, Jahresbeitrag an die Gesellschaft Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine, ist Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen bestellt worden.

Sodann habe ich mitzuteilen, daß gegen das Protokoll der letzten Sitzung keine Einwendungen erhoben sind, dasselbe ist somit genehmigt.

Ferner hat Herr Pieck gewünscht, ihm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu geben.

Herr Pieck: Durch das Schreiben der Direktion der Armenpflege, welches hier in der vorigen Sitzung vom Präsidenten verlesen wurde und eine Klarstellung einer von mir in der Sitzung vom 24. Januar vorgebrachten Beschwerde sein sollte, ferner weil mir aber auch darin der Vorwurf der leichtfertigen Information gemacht wurde, habe ich mich veranlaßt gefühlt, noch einmal eine Nachprüfung meiner Informationen vorzunehmen. Nachdem ich mich nun bei dem Herrn Bezirksvorsteher und dem Armenpfleger des betreffenden Bezirks, sowie auch bei der Frau selbst nochmals eingehend erkundigt habe, muß ich meine Darstellung über den Fall, sowie auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen in allen Teilen aufrechterhalten. Wenn schon, wie in dem Briefe erwähnt, nach der Ansicht des Herrn Senator Hildebrand die der Frau gewährten Gaben nach dem Maßstab, den die Armenbehörde anzulegen verpflichtet ist, als nicht zu gering, vielmehr sehr angemessen sein sollen, so ist das höchstens ein Beweis dafür, daß diesem Maßstabe nur das Bestreben zugrunde gelegt wird, das Armenbudget möglichst niedrig zu halten, ohne dabei Rücksicht auf die jeweilige Notlage der einzelnen Armen zu nehmen. (Widerspruch.) Damit wird auch zugleich eine der wichtigsten sozialen Pflichten des Staates vernachlässigt. (Unruhe.) Es wäre übrigens sehr interessant, einmal hören zu können, wie dieser Maßstab, nach dem die Gaben verteilt werden, beschaffen ist.

Präsident: Dazu kann ich Ihnen das Wort nicht geben. Sie haben nur das Wort zu einer kurzen Klarstellung bekommen, aber nicht zu einer längeren Rede.

Herr Pieck: Ja, Herr Präsident, ich komme zu der Berichtigung.

Nur eine, allerdings sehr unwesentliche Berichtigung habe ich an meinen damaligen Ausführungen zu machen. Die Frau hat nicht, entgegen meinen Ausführungen, die ihr am 1. Januar abgezogenen 10 ℳ durch die Vermittelung des Herrn Senators wieder erhalten, sondern die Sache verhält sich folgendermaßen: Als 2 Kinder der Frau nach dem Krankenhaus gebracht wurden, ist von seiten der Direktion — dem Rechtsanwalt — die Anweisung an den Armenpfleger ergangen, der Frau 10 ℳ für Januar abzuziehen. Trotzdem wurden der Frau von dem Bezirksvorsitzenden, weil er sich der Notlage bewußt war, wieder 20 ℳ bewilligt. Aber es wurden ihr nur 10 ℳ ausbezahlt und wurde ihr auf ihren Protest geantwortet, mehr gebe es nicht, weil sich 2 Kinder von ihr im Krankenhaus befänden. Ich meine, das war bündig genug gesprochen. Ich glaube, mir kann man nicht den Vorwurf leichtfertiger Informationen machen. Später, als sich die Frau an den Herrn Senator gewandt hatte, bekam sie Bescheid, daß sie die weiteren 10 ℳ sich holen könne. Es wurden ihr dann die größten Vorwürfe über ihre Beschwerden gemacht und von ihr verlangt, sie solle beim Armenpfleger Abbitte tun. Nun trifft ja zu, daß nur die Bezirksvorsitzenden Gaben bewilligen, und also meine Annahme, daß der Herr Senator die weiteren 10 ℳ vermittelt hätte, eine irrige ist. Aber das ist ja nur nebensächlich. Es sollte doch allen Ernstes der Versuch gemacht werden, die Frau mit 10 ℳ pro Monat abzuspeisen. (Unruhe.) Nur trifft hier nicht die Schuld die Armenpfleger, sondern die Behörde selbst, bei der, wie man das bei seinen Unterhaltungen mit einzelnen Armenpflegern heraushören kann, die treibende Kraft ist, möglichst Ersparnisse zu erzielen. (Widerspruch, Unruhe.) Weiter sind in dem klarstellenden Briefe des Herrn Senators einige Unklarheiten enthalten. Zum Beispiel wird dort behauptet, daß 3 Kinder in der Bewahranstalt sind, wo sie tagsüber ihre Kost erhalten. Das stimmt nicht, nur Mittagskost erhalten sie, für das übrige müssen sie selbst sorgen. Ferner sind die erwähnten kleinen gelegentlichen Extragaben sehr übertrieben dargestellt. Diese haben nämlich nur in zwei Paar neuen Schuhen bestanden. Ich bin der Meinung, daß es nicht wert ist, in einem solchen Briefe dieses als zur Klarstellung zu erwähnen. Auch muß die Angabe, daß der Frau regelmäßig an Naturalien Milch und Mittagskost gewährt wird, den Anschein erwecken, daß dies täglich sei. Bei der Milch trifft das zu, aber Mittagskost erhält die Frau nur 3 mal in der Woche. Die dafür angerechneten 15 ℳ mögen zutreffen. Es waren mir diese Unterstützungen wohl mitgeteilt worden.

Meine Kritik galt aber in der Hauptsache dem, daß dieses nicht genügend sei. Die Frau erhält in bar 20 ℳ, dazu verdient sie 16 ℳ im Monat. Von diesen 36 ℳ muß sie 14 ℳ Miete zahlen, von den verbleibenden 22 ℳ muß sie dann für sich und ihre 4 Kinder sorgen. Ich glaube, daß meine Beschuldigung, daß die Frau nicht genügend unterstützt würde, sich voll bewahrheitet. Außerdem kann von einer angemessenen Unterstützung da nicht die Rede sein. Außerdem zahlt der Ehemann 30 ℳ an die Behörde zurück. Ferner muß ich auch der Behauptung des Herrn Senators entgegentreten, daß ich grundlos dem Armenpfleger den Vorwurf gemacht hatte, er habe sich um diese Familie nicht bekümmert. Die Frau hat mir versichert, und von dem Hauseigentümer wurde es mir auch bestätigt, daß, als sie dem Armenpfleger von dem Fehlen eines Bettes Kenntnis gegeben habe, derselbe ihr geantwortet habe: daran könne er nichts machen. Ich habe dieses erwähnt und muß es aufrecht erhalten. Die Entschuldigung des Armenpflegers, daß es ihm oft an Zeit mangele und auch die Frau noch nicht lange im Bezirk wohne, lasse ich gerne gelten, wie ich auch gern anerkenne, daß die ehrenamtliche Tätigkeit der Armenpfleger keine beneidenswerte und leichte ist, und daß dazu ein großes Teil Menschenkenntnis und Geduld und soziales Verständnis gehört. Wenn in dem Anfange des Briefes durch den Hinweis, daß die Frau von einem verheirateten Manne ein uneheliches Kind hat (Große Unruhe), der Anschein erweckt werden konnte, daß die Frau vielleicht einen unmoralischen Lebenswandel führe — — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß Sie nochmals darauf aufmerksam machen, daß Sie nicht so weit in die Materie eingehen dürfen. Sie haben das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Herr Pieck: Ich wollte nur — — — —

Präsident: Das geht eben nicht.

Herr Pieck: Ich wollte die Ansicht des Herrn Senators widerlegen.

Präsident: Sie dürfen nicht lange Motivierungen geben, Sie haben das Wort nur zu einer kurzen Darstellung und müssen sich kürzer fassen.

Herr Pieck: Zum Schluß will ich noch bemerken, daß wir es sehr verurteilen würden, wenn auf Grund unserer vorgebrachten Beschwerden sich die Armenpfleger veranlaßt fühlen sollten, die Armen in ihren Unterstützungen zu beeinträchtigen. Wir erwarten von ihnen soviel politische Klugheit — — — (Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß Ihnen das Wort entziehen. Das geht nicht mehr.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 1906:

2. Jahresbeitrag an die Gesellschaft Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine.

Senatskommissar: Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen.

Herr Henke: Es wird von der Bürgerschaft gefordert, daß sie einen jährlichen Beitrag von 1000 ℳ. zahlen soll 5 Jahre lang für die Zwecke einer Gesellschaft Seemannshaus, die den Betrieb und die Gründung von Seemannsheimen anstrebt, um den Unteroffizieren und Mannschaften der Kaiserlichen Marine den schädlichen Einflüssen ziellosen Straßenlebens und schlechter Wirtschaften zu entziehen. Wir, meine Freunde und ich, können diesen Antrag nicht annehmen, wir lehnen ihn ab. Wir können nicht einsehen, welche Vorrechte hier die Marine-Mannschaften haben sollen vor den andern Seemannschaften. Hier handelt es sich um eine geringe Zahl, während tausende von Seeleuten diesem ziellosen Straßenleben preis gegeben sind, und kein Mensch kümmert sich um diese. Außerdem sind die Mannschaften von der Marine keineswegs produktiv tätig, während die Seeleute für den Handel bedeutende Werte schaffen müssen. Wir lehnen aus diesem Grunde den Antrag ab. Dann ist nicht recht klar, wir ersuchen deshalb um Auskunft darüber, um welche Gesellschaft es sich handelt? Es steht da, daß die Gesellschaft den Betrieb und die Gründung von Seemannshäusern bezweckt. Ich möchte anfragen, ob die Gesellschaft auf Ueberschüsse reflektiert, dann würde eine Submission darin zu erblicken sein. Ferner müssen wir den Antrag aus dem Grunde ablehnen, weil wir der Meinung sind, es werden für Marinezwecke genügend Gelder bewilligt, und außerdem kann ich hinzufügen, daß die Arbeiter das allerwenigste Interesse an der Marine haben. Es steht in der Vorlage, daß die bremischen Interessen mit denen der Kaiserlichen Marine so eng verflochten sind. Wenn das der Fall sein sollte, dann muß ich bemerken, daß das für die Arbeiter nicht zutrifft. Es ist möglich, daß hier in Bremen die Herren vom Kaufmannsstande vielleicht ein großes Interesse an der Marine haben, aber die Arbeiter nicht. Wenn aber diese Herren ein so großes Interesse dafür haben, dann müssen sie auch die Extrakosten tragen.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

3. Neue Straßenlinien für die Bornstraße, die Straße am Wandrahm und die Ellhornstraße.

Präsident: Dieser Gegenstand kann nicht zur Verhandlung kommen, weil Herr Senator Wessels,

der als Senatskommissar bestellt worden ist, in Berlin ist.

4. Festsetzung von Planstraßen in der Feldmark Gröpelingen.

Herr Richter Dr. Kirchhoff: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Gieschen: Durch diese Planstraßen in Gröpelingen wird das Gehöft von Warnken in seinen landwirtschaftlichen Interessen ganz erheblich geschädigt. Zu einem landwirtschaftlichen Betriebe gehört auch ein großer landwirtschaftlicher Hof, und wo kein Wirtschaftshof ist, kann kein landwirtschaftlicher Betrieb mehr stattfinden. Dieses Warnkensche Grundstück liegt an der einen Seite an der Gosestraße, an der andern an einem Koppelwege. Nun kommt diese Planstraße und schneidet in der Länge gerade an dem Wohnhause vorüber, und der Mann hat keinen Platz mehr und ist gezwungen, sich um ein anderes Wohnwesen zu bekümmern. Das wird aber in Gröpelingen schwer fallen, einen passenden Platz zu finden. Seine Ländereien liegen in der Feldmark Gröpelingen, und wenn er weiter ankauft in Oslebshausen, wo Land genug ist, dann kann er von da aus nicht seine Ländereien in Gröpelingen bewirtschaften. Ich möchte daher die Regulierungsdeputation bitten, diese Planstraße einige 10 Meter von diesem Wohnhause entfernt zu legen. Das Land gehört auch Warnken, und wenn ein Schaden zunächst kommt, dann hat ihn Warnken. Also ich glaube, es käme auf den guten Willen an, und es müßte sich machen lassen, daß diese Planstraße um einige Meter vom Hause entfernt zu liegen käme.

Herr Rippe: Der Bürgerschaft sind auch von dieser Vorlage keine Pläne zugegangen, ebensowenig wie das letzte Mal bei der Regulierung der Bornstraße. Ich beantrage,

daß der Bürgerschaft vor der Beratung über diesen Gegenstand ein Lageplan zugeht.

Präsident: In der vorigen Sitzung handelte es sich um Regulierungen und dieses ist eine Anlegung von Planstraßen. Sie verwechseln das miteinander. Bisher ist es meines Wissens nicht Sitte gewesen, daß der Bürgerschaft bei Anlegung von Planstraßen spezielle Pläne zugehen. Im übrigen hat dieser Plan im Bürgeramte ausgelegen.

Herr Hormann: Ich kann nur bestätigen, was der Herr Präsident eben gesagt hat. Ich habe mich heute morgen mit dem Bureau des Herrn Senator Wessels in Verbindung gesetzt und bestätigt gefunden, daß bisher über derartige Straßenpläne keine Ueberdruckpläne geliefert worden sind. Ich glaube auch nicht, daß viele Herren ein wesentliches Interesse daran haben werden, diese Pläne noch zu bekommen. Es würde nur Unkosten verursachen. Die Leute, welche Interesse daran haben, sind gehört worden, und wie aus dem Berichte hervorgeht, haben sich die beteiligten Grundbesitzer über die Lage der Straßen A B und C D geeinigt. Ich möchte daher bitten, die Aussetzung der Verhandlung nicht zu belieben, da wir sonst ein Novum schaffen würden.

Herr Schütte: Schon der Herr Präsident hat erklärt, daß hier ein ganz anderer Fall vorliegt, als neulich bei der Regulierung des Wandrahms. Nur in solchen Fällen ist es beliebt, einen Plan allen Herren zuzuschicken. Denn ganz vereinzelt sind hier in der Bürgerschaft Herren, die sich dafür interessieren würden. (Zuruf: Schlimm genug!) Diese könnten sich aber hierher bemühen und die Pläne hier in Augenschein nehmen. Daß das letzte Mal die Pläne fehlten, war mir unerklärlich; darum habe ich auch nicht das Wort dazu genommen. Die Pläne waren fertig.

Präsident: Die Pläne sind am Donnerstag auch gleich verschickt worden.

Herr Rippe: Ich kann wohl bemerken, daß seinerzeit, als es sich um die Woltmershauser Vorstadt, um die Planstraße beim Gaswerk handelte, diese Pläne der Bürgerschaft zugegangen sind.

Präsident: Aber es ist kein allgemeiner Beschluß gewesen. Bei Woltmershausen kamen Enteignungen in Frage.

Herr Rippe: Nein, da handelte es sich um Planstraßen.

Präsident: Jedenfalls ist es kein allgemeiner Beschluß. Stellen Sie den Antrag auf Vertagung?

Herr Rippe: Das habe ich getan.

Präsident: Sie müssen beantragen, daß derartige Pläne angefertigt werden.

Herr Dr. Scherer: Meiner Auffassung nach handelt es sich um ein rein privates Unternehmen der beteiligten Grundbesitzer, und ich glaube nicht, daß die Bürgerschaft Veranlassung haben wird, sich ihrerseits hier einzumischen. Wenn private Interessen dagegen sprechen, dann hätten sich die beteiligten Grundbesitzer mit der Regulierungsdeputation ins Benehmen setzen sollen. Wir können aber hier in der Bürgerschaft unmöglich die Pläne kontrollieren. Die Vertagung hat daher keinen Zweck.

Herr Rippe: Es handelt sich nicht um Privatangelegenheiten, sondern um Planstraßen, die mit in ein großes Plannetz hineingehören, was die Regulierungsdeputation ausarbeiten soll, um ordentliche

Plätze zu gewinnen, wie die Bürgerschaft schon beschlossen hat. Die ganze Sache greift derartig ineinander, daß wir unbedingt Pläne haben müssen.

Der Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Rednerliste: Rippe, Dr. Scherer und Schütte.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. November 1905 und 30. Januar 1906:

Festsetzung von Planstraßen zwischen Wachmann- und Georg Gröningstraße.

Herr Richter Dr. Kirchhoff: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Schütte: Auf den Wunsch von Interessenten ist der früher angelegte Entwurf etwas abgeändert worden, und wie uns in der Deputation gesagt worden ist, sind die Interessenten mit den Plänen jetzt zufrieden, Ich bitte, die Pläne zu genehmigen.

Herr Busch: Es ist nicht allein das Recht des Staates Planstraßen zu verlangen, sondern auch die Pflicht des Staates, Planstraßen zu machen, wo ein öffentliches Interesse es fordert. Der Staat hat aber nicht das Recht, Planstraßen im Interesse privater Unternehmer zu verlangen. Ein Privatunternehmer hat aber vor dieser Straße ein großes Areal gekauft, um es zu Bauplätzen auszunutzen. Dieser Unternehmer ist nach der Regulierungsdeputation gegangen und hat um Anlegung dieser beiden Planstraßen gebeten. Ich würde nichts dagegen haben, daß dieses angenommen würde, wenn nicht dem Staate außerordentliche Kosten damit erwachsen würden. Diese Planstraßen kosten dem Staat, selbst wenn man berechnet, daß der Staat von sämtlichen Anliegern die Kosten wiederbekommt, 60 000 ℳ; wo hingegen, wenn diese als Privatstraßen angelegt werden — und dazu kann die Regulierungsdeputation sich verlassen, daß, wenn die Planstraßen nicht genehmigt werden, es Privatstraßen werden; denn bei der Wachmannstraße und Georg Gröningstraße werden Sie sehen, daß Einschnitte schon gelassen sind — dann werden diese projektierten Planstraßen dem Staate keinen Pfennig kosten. Die Deputation sagt, daß von einer bis zur anderen Straße ein Zwischenraum von 450 Meter ist. Warum gibt die Regulierungsdeputation den Anliegern, wie es bei der Georg Gröningstraße und der Wachmannstraße ist, und wie es die Bauordnung vorschreibt, nicht auf, daß alle 200 Meter eine Querstraße gelassen werden muß? Wenn die Regulierungsdeputation das tut, dann bekommt sie diese beiden Straßen nicht als Planstraßen, sondern als Privatstraßen, und das kostet den Staat nichts. Vor mehreren Jahren ist dieses Areal der Pagentorner Feldmark verkoppelt, und damals hat die Verkoppelungskommission die Planstraßen festgelegt und gesagt, die Straßen würden genügen, und nun kommt die Regulierungsdeputation auf einmal und sagt, das genügt nicht, wir wollen ein paar Querstraßen haben! Ich möchte die Bürgerschaft bitten, die Vorlage rundweg abzulehnen.

Herr Rippe: Es liegt an der einen Stelle dieses Grundstück von dem Bauunternehmer und dahinter ein Grundstück von einem Großgrundbesitzer. Dieser Herr scheint nicht darauf eingehen zu wollen, daß die Straße durchgeführt wird. Nun steht dem betreffenden Bauunternehmer, der die Straßen anlegen will, frei, an den Senat zu gehen und die Enteignung zu beantragen. Ein Grund zur Enteignung liegt vor, dann wird hier die Enteignung ganz einfach genehmigt werden; wie sie Herrn Blanke auch genehmigt worden ist, bei der Durchführung der Schweizerstraße. Es liegt kein Grund vor, daß der Staat hier eingreift. Immer soll der Staat auch da eingreifen, wo sich der Privatmann selbst helfen kann. Natürlich ist es ganz hübsch, wenn der Staat erst die Gelder auslegt, aber wann er es wieder kriegt, das ist die zweite Sache. Es handelt sich hier um das Grundstück von Schierenbeck, und bis der Staat da das Geld wieder zurückerstattet bekommt, hat es lange Weile.

Herr Dr. von Pustau: Ich bin der Meinung, daß wir die Vorlage nicht akzeptieren können; ganz abgesehen davon, wie die Herren Vorredner ausgeführt haben, daß es sich hier darum handelt, die verschiedenen Interessen von zwei oder drei Unternehmern durch gesetzlich festgelegte Planstraßen auszugleichen. Während sonst die Interessen durch Vertrag und Genehmigung des Enteignungsverfahrens auszugleichen sind, soll hier der Staat eingreifen durch Festlegung von Planstraßen. Im Interesse einzelner soll ein neuer Weg, den wir hier nicht gewohnt sind, beschritten werden. Es kommt weiter hinzu, daß die Anlegung von Planstraßen, die weiter hinausliegen, dem Staate viel Geld kosten. Ich habe das Gefühl, daß der eine Eigentümer Schierenbeck möglicherweise sich nach dieser Straße hin kein Ausgangsrecht verschaffen wird. Dann würde der Fall eintreten, daß der Staat die Straßen anlegt, daß er Grund und Boden, die Pflasterungskosten aus der eigenen Tasche zu bezahlen hat und die Erstattung von den Anliegern wahrscheinlich nicht bekommt. Das würde für den Staat eine sehr große Ausgabe sein. Ich schätze die Kosten auf 70—80 000 ℳ. Ich kann mich irren, jedenfalls ist das die niedrigste Schätzung, die in Frage kommt. Ob wir es wiederbekommen ist unbestimmt.

Dazu kommt, daß der Staat möglicherweise die Durchführung der Planstraße in absehbarer Zeit garnicht vollendet, und dann würden wir Straßen haben wie beispielsweise die Keplerstraße zwischen Bismarckstraße und Feldstraße ist, die ist auch geplant aber nicht ausgebaut, liegt seit mehr als dreißig Jahren da und

keiner denkt daran, sie durchzuführen, denn der Staat wird sich bedenken, die Kosten aufzuwenden. So wie die Vorlage ist, kann sie keinenfalls angenommen werden. Wollen die Herren es weiter überlegen, so mögen sie erwägen, ob sie das in einer Kommission tun wollen, ich glaube aber, daß auch dabei nichts herauskommt. Da aber ein Teil der Bürgerschaft nicht für eine direkte Ablehnung zu haben sein wird, stelle ich in erster Linie den Antrag,

die Vorlage an eine Kommission von sieben Mitgliedern zu verweisen.

Ich werde persönlich dagegen stimmen, sondern für die Ablehnung der Vorlage sein. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird nicht unterstützt. (Heiterkeit.)

Herr Schütte: Ich bin nicht so eingeweiht wie Herr Dr. v. Pustau in das, was die Anlieger tun wollen. Damals haben wir die Vorlage zurückgezogen auf ihren Wunsch, auf den Wunsch von zwei Interessenten, wie mir gesagt ist, der Herren Schierenbeck und Busch. Diese beiden Herren sollten, wie ich gehört habe, jetzt mit der Vorlage einverstanden sein. Ich bedauere, daß Herr Busch nicht Herrn Senator Wessels gegenüber seine Bedenken ausgesprochen hat, es würde damit den Herren viel Zeit erspart worden sein, denn wir sitzen nun doch schon verschiedene Zeit, um dies zu beraten. Wenn Sie aber die Vorlage ablehnen wollen, so ist es das einfachste — Sie lehnen Sie ab. (Große Heiterkeit.)

Herr Busch: Ich kann Herrn Schütte nur erwidern, daß ich nicht das geringste Interesse bei der ganzen Sache habe. Der Grund gegenüber gehört Schierenbeck, ich habe nichts damit zu tun. Ich habe mich aber für die Sache interessiert, und als ich hörte, daß da Straßen durchgelegt werden sollten, bin ich zu Herrn Senator Wessels gegangen und habe ihn gefragt, ob ich nicht behilflich sein könnte, und es wurde dann über die Durchlegung der Straßen gesprochen. Später aber habe ich nichts davon wieder gehört. Ich kann Herrn Schütte nur erwidern, daß ich mit Herrn Senator Wessels nichts abgemacht und zu nichts mein Einverständnis gegeben habe.

Der Antrag der Deputation wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Nr. III der Tagesordnung:

Antrag auf Niedersetzung einer ständigen Kommission wegen Dienstwohnungen.

Die Bürgerschaft beschließt die Niedersetzung einer ständigen Kommission von 9 Mitgliedern zum Zwecke der Vorprüfung aller an die Bürgerschaft gelangenden Anträge auf Herstellung von Dienstwohnungen, hinsichtlich deren Notwendigkeit im dienstlichen Interesse, der Angemessenheit der dafür aufzuwendenden Kosten, sowie auch der Zweckmäßigkeit der in jedem Einzelfalle verlangten Wohnungsräume.

Herr Tebelmann: Es dürfte wohl kaum nötig sein, bei dieser Gelegenheit auf die Dienstwohnungsverhältnisse im allgemeinen näher einzugehen. Die Herren wissen ja aus den verschiedenen Verhandlungen, wenn Dienstwohnungen gefordert wurden, daß in jedem Falle da die Ansichten über die Notwendigkeit der Dienstwohnungen im Interesse des Dienstes, über die Kostenfrage, die räumliche Ausdehnung der Wohnungen usw. sehr auseinander gehen. Um das für die Zukunft zu beseitigen und Gelegenheit zu haben, alle diese Anträge auf Dienstwohnungen, die in der letzten Zeit ein so großes Maß angenommen haben, für die Zukunft gründlich zu prüfen, haben wir es für nötig erachtet, diesen Antrag zu stellen. Deshalb möchte ich die Bürgerschaft bitten, ohne auf die Sache näher einzugehen, den Antrag anzunehmen.

Herr Schrage: Im Jahre 1883 hat die Bürgerschaft beschlossen, daß die Baukommission jedesmal auch über die Dienstwohnungen beraten und der Bürgerschaft Vorschläge machen sollte. Dies ist stets geschehen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Dienstwohnungen ganz eng mit den Bauprojekten zusammenhängen. Sollte der Antrag dergestalt durchgehen — ich habe nichts dagegen, daß die Bürgerschaft so beschließt — so möchte ich das Amendement stellen, daß dann die Baukommission entlastet werde und nicht weiter über Dienstwohnungen zu beraten hat. Denn es hat keinen Zweck, daß zwei Kommissionen der Bürgerschaft über einen und denselben Gegenstand beraten und sich nicht verständigen können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dadurch die Beschlüsse der Baukommission dann sehr in die Länge gezogen und verspätet kommen werden. Denn es ist natürlich, daß, wenn wir eine Vorlage von der Baudeputation bekommen und uns nicht weiter mit den Dienstwohnungen beschäftigen sollen, wir die Dienstwohnungen mit in den Kreis der Beratungen ziehen, einerlei, ob sie angebracht oder nicht angebracht sind, wir würden der Bürgerschaft jedenfalls einen Beschluß darüber unterbreiten, der die Dienstwohnung mit einschließt, und in der Sitzung der Bürgerschaft würde dann die Kommission für die Dienstwohnungen diese Sache umstoßen können, sie würde vielleicht sagen, die Dienstwohnung sei nur in beschränktem Maße oder garnicht am Platze. Dann würde die ganze Arbeit der Baukommission vergeblich sein; es würde das dann eine doppelte oder dreifache Arbeit machen. Das wäre im Interesse der Geschäftserledigung nicht praktisch. Dagegen habe ich aber gar nichts, wenn die Baukommission vielleicht um noch vier oder fünf Mitglieder verstärkt würde, die dann besonders das Augenmerk auf die Dienstwohnungen zu richten hätten.

Herr Tebelmann: Wie Herr Schrage schon angeführt hat, hat die Bürgerschaft am 20. Juni 1883 folgenden Beschluß gefaßt:

> Die Bürgerschaft beauftragt ihre Baukommission, bei allen ihr zur Prüfung überwiesenen Bauprojekten, wo es sich um die Beibehaltung oder Neuschaffung einer Dienstwohnung handelt, vorab über das Bedürfnis und den Umfang derselben speziell zu berichten.

Es war derzeit dieser Antrag von mir gestellt. Von Herrn Richter Mohr wurde er dahin amendiert, das Wort „vorab" zu streichen, die Bürgerschaft hat aber das Amendement abgelehnt und meinen Antrag unverändert angenommen. Nun kommt Herr Schrage auf diesen Beschluß zurück. Die Baukommission hat seit 22 Jahren diesen Auftrag, und ich möchte Herrn Schrage als Vorsitzenden der Baukommission einmal fragen, wann und in welchem Punkte die Baukommission jemals vorab einen Bericht über die Dienstwohnungen gegeben hat, ob er sich erinnert, daß jemals ein Beschluß darüber gekommen ist. (Herr Schrage: Oefters!) Niemals ist von der Baukommission in dieser Beziehung etwas geschehen. Ich finde es begreiflich, daß die Baukommission die Ansicht hat, bei der Bürgerschaft nachzusuchen, von diesem Auftrage entbunden zu werden. Die Aufgaben der Baukommission liegen auf einem ganz andern Gebiet. Die Baukommission hat die Baupläne als solche zu beurteilen, aber über das Bedürfnis einer Dienstwohnung, über ihre Notwendigkeit, über die räumliche Ausdehnung der Dienstwohnungen usw. insbesondere zu beurteilen, liegt nicht im Rayon des Auftrags der Baukommission, das erkenne ich hiermit an, trotzdem ich seinerzeit selbst den Antrag gestellt habe. Ich möchte Sie dringend bitten, die Sache nicht beim alten zu lassen. Ich glaube, daß eine Aenderung im finanziellen Interesse des Staates liegt. Es kommen soviele Anträge auf Dienstwohnungen und wenn damit so fortgefahren wird, kosten sie uns ein sehr schweres Geld. Ich möchte dringend bitten, den Antrag anzunehmen.

Herr Otten: Jede Dienstwohnung, die wir bewilligen, ist sozusagen eine Gehaltserhöhung, freilich nicht direkt in Geld ausgedrückt. Die Dienstwohnungen werden aber jetzt bei den hohen Preisen derartig teuer, daß wir uns wohl besinnen müssen, ehe wir eine Dienstwohnung bewilligen. Was Herrn Schrage anlangt, so verwechselt er den Antrag der Baukommission in bezug auf Ausführung von Bauten mit der Prüfung der Frage, ob eine Dienstwohnung überhaupt nötig ist. Ich bin mir nicht bewußt, daß Herr Schrage jemals über die Notwendigkeit einer Dienstwohnung gleichzeitig berichtet hat, sondern die Herren haben die Pläne geprüft, sie eventuell gutgeheißen oder abgeändert. Nach den heutigen Verhältnissen ist es nicht angebracht, daß die Dienstwohnungen noch mit zehn Prozent des betreffenden Gehalts besteuert werden. Nach den heutigen Preisen müßte der Abzug mindestens 15 Prozent betragen ....

Präsident: Das gehört nicht hierher.

Herr Otten: Ich glaube doch, das gehört dazu.

Präsident: Ich glaube es nicht.

Herr Otten: Ich möchte bitten, daß die Budgetkommission und die Finanzdeputation sich die Sachen näher ansehen. Was die ständige Kommission anbelangt, so glaube ich, daß wir sie unbedingt bei unserer Finanzlage einsetzen müssen. Wenn ein Teil der Beamten eine Dienstwohnung bewilligt erhält, die andern nicht, so sind diejenigen, die eine Dienstwohnung haben, besser gestellt. Dadurch schüren wir die Unzufriedenheit der Beamten und das sollten wir vermeiden. Ich bitte den Antrag Tebelmann anzunehmen. Daß dadurch eine Verzögerung in der Beschlußfassung eintreten sollte, wenn die Sachen von der Baukommission geprüft werden und vorab die ständige Kommission über die Dienstwohnung berichtet, kann ich nicht einsehen. Die Sache wird sich einfach erledigen in der Kommission, sie braucht nicht drei bis vier Sitzungen darüber verhandeln, sondern kann sich einfach erkundigen und dann beschließen.

Herr Dr. Feldmann: Der Antrag des Herrn Tebelmann bezweckt lediglich eine Prüfung der Bedürfnisfrage der Dienstwohnungen. Wenn die Bürgerschaft früher einen Antrag angenommen hat, daß diese Prüfung auch durch die Baukommission geschehen solle, so hat sie damit nicht den richtigen Weg eingeschlagen, denn in der Baukommission werden ganz andere Mitglieder sein als in der niederzusetzenden Kommission für die Beratung der Bedürfnisfrage. Aus dem Grunde ist es zweckmäßig, daß der Auftrag der Baukommission bezüglich dieser Frage zurückgezogen wird und wir dem Antrage des Herrn Tebelmann Folge leisten.

Präsident: Herr Tebelmann hat an seinem Antrage eine kleine Aenderung vorgenommen:

> Unter Wiederaufhebung ihres Beschlusses vom 30. Juni 1883 beschließt die Bürgerschaft die Niedersetzung usw.

Das ist natürlich wünschenswert, wenn die Bürgerschaft den Antrag annimmt, daß dann der frühere Beschluß aufgehoben wird. Ich darf annehmen, daß die Herren mit der kleinen Zufügung einverstanden sein werden.

Herr Böttcher: Auch ich unterstütze den Antrag. Ich habe schon vor acht Tagen darauf aufmerksam gemacht, daß die Baukommission vor 22 Jahren den Auftrag bekommen hat, der Bürgerschaft zu berichten, in jedem Falle zu untersuchen, ob eine Dienstwohnung notwendig ist oder nicht und darüber der Bürgerschaft zu berichten. Ich möchte dringend bitten, den Antrag

anzunehmen, damit sich die Bürgerschaft ein richtiges Urteil bilden kann.

Herr Schrage: Die Baukommission hat sich jedesmal, wenn es sich um Dienstwohnungen handelt, damit beschäftigt, ob solche angebracht wären oder nicht. Herr Tebelmann ist nicht im Schoße dieser Kommission gewesen und weiß gar nicht, was vorgefallen ist, er kann nur über das urteilen, was in der Bürgerschaft gesagt worden ist. Wir haben in der Kommission, wenn wir Bedenken gegen eine Dienstwohnung hatten, immer lebhaft remonstriert, aber jedesmal waren ein Senatskommissar oder andere Sachverständige da — ich erinnere an das Polizeigebäude und an die Dienstwohnungen für verschiedene Polizeikommissare, Schuldiener — jedesmal, wenn wir unsere Bedenken gegen die beantragten Dienstwohnungen ausgesprochen hatten, wurden uns von dem Senatskommissar und seinen Begleitern die Gründe dafür derartig entwickelt, daß wir verständigerweise dagegen nicht opponieren konnten und daß dann die Baukommission beschlossen hat, dafür zu stimmen. Ich weiß nicht, wie sie anders hätte handeln können.

Herr Tebelmann: Nur mit wenigen Worten möchte ich darauf antworten. Ich habe der Baukommission früher auch angehört. Die Baukommission ist ihrem Auftrage von 1883 nie nachgekommen. Dieser Antrag bezweckte, daß die Baukommission vorab über das Bedürfnis und den Umfang der beantragten Dienstwohnungen speziell berichten sollte. Das hat die Baukommission nicht getan. „Vorab" steht ausdrücklich in dem Beschluß, der vor 22 Jahren gefaßt ist. Es ist richtig, daß die Baukommission ganz andere Aufgaben hat, als sich speziell um Dienstwohnungen zu kümmern.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Antrag betreffend Ausstellung für Heimindustrie in Berlin.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, drei bremischen Arbeitern die Mittel zu einem Besuch der Ausstellung für Heimindustrie in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Die Auswahl der Arbeiter erfolgt am besten unter Berücksichtigung der an der Heimindustrie beteiligten Berufe durch die Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts.

Herr Pieck: Die Mißstände, welche in der Heimindustrie vorhanden sind, und die Schäden, die der Volksgesundheit durch dieselben zugefügt werden, sind so ungeheuerlich große, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, den Indifferentismus zu beseitigen, mit dem die Regierung sowie fast alle Bevölkerungsklassen diesen tieftraurigen Zuständen gegenüberstehen. Als ein solches Mittel ist auch die am 17. Januar in Berlin eröffnete Heimarbeitausstellung zu betrachten. Es kann ja nicht meine Aufgabe sein, Ihnen diese überaus elenden Zustände vor Augen zu führen — übrigens ist für denjenigen, der sie kennen lernen will, in der letzten Zeit genügend darüber geschrieben — sondern ich will mich bescheiden, Ihnen den Wert und die Bedeutung dieser Ausstellung zu schildern, um Sie von der Notwendigkeit der Beschickung zu überzeugen.

Im Anschluß an den ersten Heimarbeiterschutzkongreß, der vom 7. bis 9. März 1904 unter dem Vorsitz des Herrn Professor Franke in Berlin tagte, fand auch eine Ausstellung von Erzeugnissen der Heimindustrie statt. Diese provisorische Ausstellung, die, weil sie nicht genügend vorbereitet war, ein unvollkommenes Bild von dem Elend der Heimarbeiter gab, hatte doch solchen Eindruck bei den Besuchern des Kongresses gemacht, daß man sich sofort entschloß, diese Ausstellung in verbesserter Auflage und systematisch vorbereitet zu wiederholen. Ganz besonders war es der Professor Werner Sombart, der diesen Gedanken aufs lebhafteste unterstützte. So war es denn der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unter der Mitwirkung des Professor Franke, des Tiefbauunternehmers Bernhard, verschiedener Vertreterinnen von bürgerlichen Frauenvereinen und der Gewerkschaftsorganisationen aller Schattierungen möglich, eine solche Heimarbeitsausstellung in erweiterter und planvoller Gestalt zu veranstalten. Obgleich es noch nicht möglich war, alle Gebiete der Heimindustrie zu veranschaulichen, so wird doch das, was in der Ausstellung geboten wird, genügen, um den Besuchern ein wahres Bild von dem Elend der Heimarbeiterschaft zu geben, ihnen die große Bedeutung der Heimarbeit vor Augen zu führen und in ihnen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Heimarbeiter zu wecken. Die Kenntnis von dem großen Elend der Heimarbeiter ist trotz der reichhaltigen Literatur, die darüber in den letzten Jahren erschienen ist, nur wenig verbreitet, so daß die Regierung nicht zur Ergreifung genügender Schutzmaßregeln hat veranlaßt werden können. Man hat in den weitesten Kreisen (auch die Aussagen der Kaiserin anläßlich ihres Besuchs haben das bestätigt) eben keine Ahnung von dem großen Elend, von der unmenschlichen Ausbeutung der hunderttausende von Arbeitern, keine Ahnung davon, wie es dem Heimarbeiter trotz angestrengtester Arbeit fast bei Tag und Nacht, trotz der eifrigsten Mitarbeit von Frau und Kindern, nicht möglich ist, das Elend zu verhindern, man hat keine Ahnung davon, wie die Arbeiterschaft im allgemeinen durch die Lohndrückerei gefährdet wird, man hat keine Ahnung davon, welche Gefahr die Heimarbeit für das konsumierende Publikum in sich birgt, indem durch die Produkte, welche Heimarbeiter in Pesthöhlen herstellen, die Krankheitsstoffe auf die Käufer übertragen werden.

Wäre das alles bekannt, so hätte die Gesetzgebung schon ganz anders von der Oeffentlichkeit gedrängt werden müssen, Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiterschaft zu treffen. Es wird also eine der wichtigsten Aufgaben der Ausstellung sein, die Gesellschaft, vor allem aber die Gesetzgeber, augenscheinlich davon zu überzeugen, daß Mittel gefunden werden müssen, diesen elenden Zuständen ein Ende zu bereiten. Dann wird es aber auch Aufgabe dieser Ausstellung sein, die Heimarbeiterschaft selbst über ihre tieftraurige Lage aufzuklären, sie davon zu überzeugen, in welcher Weise sich Arbeiter an ihren Kindern versündigen, wenn sie dieselben schon im zartesten Alter in den Frohndienst des Unternehmers spannen, daß sie durch die Benutzung des Wohn- und Schlafraumes zur Arbeitsstätte zum Mörder ihrer Familie werden und daß eine Aenderung ihrer elenden Lage nur durch gesetzliche Maßnahmen zu erreichen ist. Wir sind uns darüber klar, daß diese Aufklärung am besten durch einen solchen Anschauungsunterricht, wie er jetzt dort in Berlin geboten wird, geschehen kann, und aus diesem Grunde möchten wir Sie ersuchen, aus den Hauptberufen der bremischen Heimindustrie, der Schneider, der Schuhmacher und der Zigarrenarbeiter, je einem Mitglied der Arbeiter die Mittel zur Verfügung zu stellen und dann durch den Mund dieser Arbeiter den bremischen Heimarbeitern die notwendige Aufklärung zu verschaffen. Dabei möchte ich den Wunsch ausdrücken, man möge bei der Auswahl Rücksicht auf solche Arbeiter nehmen, die rednerisch begabt sind, damit sie später ihren Arbeitsgenossen ihre tieftraurige Lage vor Augen führen können. Wir hegen die Erwartung, wie Sie früher, so bei der Pariser Weltausstellung, auf die Entsendung bremischer Arbeiter Wert gelegt haben, auch in diesem Falle der Beschickung der Heimarbeitsausstellung Ihre Zustimmung nicht versagen werden. Schließlich aber möchte ich den Senat ersuchen, die Sache zu beschleunigen, da die Ausstellung schon Ende Februar geschlossen wird.

Herr Dr. Feldmann: Wir haben mitunter Gelegenheit gehabt, von jener Seite sehr gute Anträge zu vernehmen, aber ein so unverständlicher Antrag wie dieser ist uns noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig!) Ich kann schlechterdings nicht verstehen, was die Herren mit dem Antrage bezwecken wollen. (Ruf: Agitation!) Die Ausstellung, die jetzt in Berlin veranstaltet worden ist, umfaßt eine große Anzahl von Arbeiten, die, wie schon der Name der Ausstellung sagt, in der Heimarbeit hergestellt sind. Daß diese Arbeiten auf keiner hohen Stufe der Technik stehen, ist selbstverständlich, weil ein großer Teil Kinderarbeit damit verbunden ist. An den einzelnen Objekten befinden sich Zettel, worauf geschrieben steht, wer die Arbeiten angefertigt hat, wieviel Zeit darauf verbracht ist, welche Löhne dafür gezahlt sind. Diese Löhne der Heimarbeit sind allerdings erbärmlich niedrig, darüber ist kein Zweifel, und es wäre durchaus wünschenswert, wenn es möglich wäre, diese Lohnsätze zu erhöhen. Aber in welcher Weise soll das erreicht werden? Wird, so möchte ich fragen, nur das allergeringste geändert werden dadurch, daß wir drei Arbeiter nach Berlin schicken, um die Heimarbeitausstellung zu besuchen? (Sehr richtig!) Das Elend ist vorhanden, aber es hat viel tiefer liegende Gründe. Wenn wir die Heimarbeit ohne weiteres verbieten wollten, würden wir den Leuten einen schlechten Dienst tun. Ich meine, der eigentliche Wert der Heimarbeitausstellung ist, den Mitgliedern des Reichstags Gelegenheit zu geben, zu sehen, was sie bedeutet, und zu erwägen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen unter Umständen gerechtfertigt sind. Ich habe nicht gefunden, daß auf der Heimarbeitausstellung irgend eine speziell bremische Industrie vertreten ist; die Zigarrenindustrie habe ich nicht gefunden. Was sollen Arbeiter von hier dort machen? Sie gewinnen dadurch schließlich nichts. Ueber die Art der Beschäftigung der Arbeiter geht aus der Ausstellung auch nichts hervor; man bemerkt nichts von dem, was mit der Frage alles verbunden ist, nur jene Listen, die Zettel mit den niedrigen Lohnsätzen. Aber eine Zusammenstellung der Lohnsätze wird in jeder sozialpolitischen Zeitung veröffentlicht; da sind sie viel eher zu würdigen, als wenn man in dem großen Raume umhergeht und mühsam von den Tafeln die Preise notieren will. Ich kann in keiner Weise einsehen, daß die Annahme des Antrags einen Zweck hat, namentlich, daß für unsern kleinen bremischen Staat dadurch irgend etwas erreicht wird. Man mag das wohlwollendste Herz haben, die Interessen des Arbeiterstandes mögen uns noch so sehr am Herzen liegen — obwohl das gewöhnlich von dieser Seite in Zweifel gezogen wird — aber durch diesen Antrag werden wir in der Frage für das allgemeine Arbeiterwohl nicht das allergeringste erreichen. Ich kann nur empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Herr Willstein: Ich stehe dem Antrag nicht so sehr unsympathisch entgegen. Wir könnten doch unsere Arbeiterfreundlichkeit etwas darin zeigen, daß wir drei Arbeiter hinsenden, da die Kosten dafür nur gering sind und die Arbeiter doch einen Bericht zu erstatten haben. Aber ein Amendement möchte ich zu dem Antrage stellen:

> daß die drei Arbeiter nicht von den Beisitzern des Gewerbegerichts, den Arbeitnehmern, ausgewählt werden, sondern von der Gewerbekommission des Senats.

Damit, glaube ich, können Sie alle dem Antrage beistimmen.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Präsident: Herr Dr. von Pustau hat Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Dr. Michaelis, Pieck und Hormann.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Dr. Michaelis: Den Zweck der Ausstellung hat Herr Pieck bereits in ausführlicher Weise dargelegt, er ist, alle die Kreise, die noch nicht orientiert sind über die Verhältnisse der Heimarbeit oder Hausindustrie, über die Lage der in diesen Betrieben beschäftigten Personen zu orientieren und denjenigen Kreisen, die an der Gesetzgebung beteiligt sind, Gelegenheit zu geben, die bestehenden Schäden kennen zu lernen, ihnen einen Demonstrationsvortrag darüber zu halten. Wir wissen alle und stimmen mit Herrn Pieck jedenfalls alle darin überein, daß die Notlage dieser Klasse der Arbeiter die denkbar größte ist, wir wissen alle, daß die Arbeitslöhne in dieser Kategorie von Arbeitern die tiefstehendsten sind und daß von dieser Seite aus ein Lohndruck auf die übrigen Industrien erfolgen kann; wir wissen weiter, daß die Arbeitszeit jener Arbeiter eine außerordentlich ausgedehnte ist, und weiter, daß über diese Industrie eine Gewerbeinspektion nicht wacht und wachen kann, daß die Arbeitszeit ins Ungemessene ausgedehnt wird; wir wissen weiter, daß da eine große Unsicherheit über die Beschaffenheit des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen besteht und daß das außerordentliche Elend durch die üblen Wohnungsverhältnisse gekennzeichnet und noch vermehrt wird, in allen diesen Punkten sind wir mit Herrn Pieck in der Ansicht übereinstimmend, daß Abhülfe geschehen muß: aber die Mittel, hier Wandel zu schaffen, können in der Hauptsache doch nur aus der Reichsgesetzgebung fließen. Deswegen komme ich zu demselben Schluß, zu dem Herr Dr. Feldmann gekommen ist: was nützt es, daß wir drei Arbeiter zu der Ausstellung senden? Beseitigen wir dadurch einen einzigen der Mißstände? Mit demselben Recht, mit dem hier die Mittel zum Besuch der Ausstellung für einige Arbeiter verlangt werden, mit demselben Recht könnte jeder für die Sache begeisterte Staatsbürger, der nicht die Mittel zum Besuch der Ausstellung hat, verlangen, daß auch aus seinem Kreise jemand entsandt werde. Wir wissen nicht, was praktisch damit erreicht werden soll. Die Herren haben nicht den mindesten größeren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung als wir selbst. Wenn kommunale Fragen in Betracht kommen, wie die Wohnungsfrage, vermögen wir allerdings mehr; nun, da sind wir ja auf dem besten Wege. Wir kennen also die Notlage der Arbeiter der Heimindustrie, und ich meine, man sollte praktische Vorschläge machen und sagen: was wollen wir tun, um in unserer Vaterstadt dieser Notlage abzuhelfen, soweit unsere Kräfte reichen. Das übrige müssen wir der Reichsregierung, der organisierten Arbeiterschaft, und den politischen Parteien überlassen, mit Anträgen an die Reichsregierung zu kommen. Wenn Herr Willstein sagt, die Kosten würden nur geringe sein und man sollte wegen dieser Bagatelle so liebenswürdig sein und den Antrag bewilligen, so stelle ich mich auf einen anderen Standpunkt. Ich sage, wenn die Kosten auch noch so geringe sind, so müssen wir des Prinzips halber diesen Antrag ablehnen, weil tatsächlich Praktisches nicht herauskommen wird; und deshalb bitte ich, diesen Antrag abzulehnen. Kommen Sie mit anderen Vorschlägen, dann können Sie gewiß sein, daß wir in sozialpolitischer Beziehung soweit Ihnen entgegenkommen, wie es irgend möglich ist, aber in diesem Falle können wir nicht einsehen, daß ein praktischer Wert mit der Bewilligung des Antrages verbunden ist. Von unserer Seite können wir dem Antrage unsere Zustimmung nicht erteilen.

Herr Pieck: Herrn Dr. Feldmann ist unser Antrag unverständlich, weil er nicht gehört hat, welche Absichten wir dabei bezwecken. Ich habe klar und deutlich ausgeführt, daß es Absicht ist, auch die Heimarbeiter darüber aufzuklären, unter welchen elenden Verhältnissen sie arbeiten müssen. (Heiterkeit. Zuruf: Das wissen wir!) Sie lachen und beweisen damit, daß Sie von der eigentlichen Lage der Heimarbeiter keine Ahnung haben. Die Sache liegt so, daß ein großer Teil der Heimarbeiter sich in dem falschen Glauben befindet, daß sie über etwas mehr Freiheit verfügen, als die Fabrikarbeiter, aber sie vergessen, daß sie mit dieser Freiheit große Mißstände übernehmen, nicht nur, daß der Lohn bedeutend niedergedrückt ist, sondern auch in Bezug auf Wohnungsweise, und daß die hygienischen Einrichtungen der Wohnung, die wir als Ideal erstreben müssen und die wir auch in Bremen bezwecken, begraben werden, wenn die Wohn- und Schlafräume zu Arbeitsräumen in der Zigarren- und Bekleidungsindustrie gemacht werden. Wenn Sie da nicht verstehen, welche Absicht wir damit verfolgen, wenn wir den Heimarbeitern sagen: Seht, solche Mißstände habt ihr mit der scheinbaren Freiheit übernommen, so ist die Absicht klar und deutlich, und Sie können solche Mißstände nur aus der Welt schaffen helfen, wenn Sie unsern Antrag unterstützen. Sie müssen im Auge haben, daß die Zigarre, die Sie mit köstlichem Wohlbehagen rauchen, vielleicht in einem elenden Raume hergestellt ist, und daß der Anzug, den Sie am Leibe tragen, noch vor wenigen Stunden vielleicht in einem Raume fertiggestellt ist, wo Tuberkulose oder andere ansteckende Krankheiten herrschten. Wenn Sie sich solche Zustände vor Augen führen, dann müssen Sie mit uns die schärfsten Bekämpfer der Heimarbeit werden, und das kann geschehen, wenn man die Heimarbeiter aufklärt. Ich meine, wenn es auch paradox klingt, so müssen die Heimarbeiter es selbst wissen, unter welch elenden Umständen sie leben, und ich habe erklärt, daß diese scheinbare Freiheit nur ein Mantel ist. Andererseits wird unsere Schutzarbeitergesetzgebung gelobt, aber sie wird illusorisch gemacht,

wenn diese Heimarbeiter als selbstständige Existenzen aufgefaßt werden. Die Fabrikinspektion kommt nicht hierhin, denn sie hat ihr Augenmerk nur auf die Fabriktätigkeit zu richten und nicht auf die Wohnungen der Heimarbeiter. Ich möchte Sie ersuchen, wenn auch der Vorredner darauf hinweist, daß die Kosten verdammt gering sind, sich dem Antrage der Kosten wegen nicht verschließen zu wollen. Wenn bei der Pariser Weltausstellung, wo für die bremische Industrie Vorteile herauskamen, gewissen Arbeitern große Errungenschaften vor Augen geführt sind, so möchte ich fragen, inwieweit sich das beim Gewerbe bemerkbar gemacht hat. Wenn Sie wirklich Arbeiterfreundlichkeit zeigen wollen, dann dürfen Sie diesen Antrag unter keinen Umständen ablehnen. Ich will daran erinnern, daß Sie vor wenigen Minuten 5000 ℳ für einen andern Zweck bewilligt haben, der nach unserer Anschauung nicht angebracht war. Ich ersuche Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Herr Lange beantragt Schluß der Debatte.

Rednerliste: Herren Hormann und Lankau.

Der Schluß wird genügend unterstützt.

Der Schluß wird abgelehnt.

Herr Hormann: Die Zustände in der Heimindustrie sind jedenfalls in der Bürgerschaft von keiner Seite rosig gemalt worden, und ich glaube, es hätte der langen Ausführungen des Herrn Pieck nicht bedurft, um die Mitglieder darüber aufzuklären. (Sehr richtig!) Die Mißstände in der Heimindustrie liegen offenkundig vor Augen, sie sind auch vom Grafen Posadowsky im Reichstage unumwunden anerkannt worden. Wozu also die langen Ausführungen über das Elend der Heimarbeiter? Wir wissen alle, welche Gefahren mit dieser Heimarbeit verbunden sind, und unsere Presse hat genügend dafür gesorgt, darüber Aufklärung zu verbreiten, und ich wüßte nicht — ich kann darin nur den Ausführungen der Herren Dr. Feldmann und Dr. Michaelis beistimmen — was die drei Arbeiter noch zur Aufklärung beitragen sollten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß noch irgend welche wichtige Aufklärung durch diese drei Arbeiter kommen könnte. Ich glaube, mit einem solchen Antrage würde es gerade so gehen, wie mit dem Antrage über Unfallversicherung, worüber ihnen eine Mitteilung heute zugegangen ist. Wir hatten am 27. September 1905 beschlossen, eine Summe in das nächste Budget einzustellen, um einer Anzahl bremischer Arbeiter den Besuch der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg unter sachkundiger Führung zu ermöglichen. Der Senat hat getan, was er nach Lage der Sache tun mußte: er hat die Gewerbekammer und die Gewerbeinspektion um einen Bericht ersucht, und der Bericht dieser kompetensten Behörden ist dahin ausgefallen, daß sie davon abraten und sagen, es habe keinen Zweck, es werde die Sache nicht fördern, wenn man Arbeiter abordnen wollte, und zwar aus verschiedenen Gründen, die in der Mitteilung angegeben sind. Viel richtiger wäre es, wenn Beamte unserer Gewerbeinspektion hingeschickt würden. Und diese Frage wird auch von der Gewerbekommission des Senats erörtert werden. Dann ist die Sache anders, während die Mittel, die für das Hinschicken der Arbeiter aufgewendet werden sollen, keinen praktischen Erfolg haben würden.

Herr Lankau: Nach den Ausführungen von Herrn Hormann verzichte ich.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 1906:

9. Ankauf von Ländereien in Lankenau.

Herr Richter Dr. Grote: Die juristische Kommission hat jetzt keine Bedenken mehr.

Die Anträge und die Verträge werden angenommen.

10. Vergrößerung des chirurgischen Hauses.

Senatskommissar Herr Senator Stadtländer.

Beigeordneter Herr Direktor Dr. Sattler.

Herr Schrage: Der Baukommission hat nur das generelle Bauprojekt, wie Sie es dort aufgezeichnet finden, vorgelegen und ein allgemeiner Kostenanschlag, der sich auf den Kubikmeter umbauten Raumes beschränkt. Der Baukommission fiel es gleich auf, daß die Räume des Anbaus nach der Hinterseite verhältnismäßig groß beantragt sind. Es sind hauptsächlich das Operationszimmer, das Röntgenzimmer, der Vorbereitungssaal ꝛc. Aber die anwesenden Herren Senatskommissare und Herr Dr. Sattler haben der Baukommission begreiflich gemacht, daß diese Räume im Interesse der ganzen Anstalt in diesen Dimensionen gehalten werden müssen. Wir gingen dann an die Beurteilung der geforderten Summe für beide Häuser über und fanden, daß, wenn die Bürgerschaft so beschließt, daß der hintere Anbau in diesen großen Dimensionen gebaut werden soll, wohl nichts zu sparen ist. Es war mit 20 ℳ per Kubikmeter umbauten Raumes eingesetzt, und in Anbetracht dieses Operationszimmers schien der Baukommission das nicht zu viel. Aber der Seitenflügel, der für private Kranke bestimmt ist, schien der Baukommission nach der ganzen Anlage zu hoch eingesetzt, und nach der Ausrechnung haben wir einen Abstrich machen müssen, der sich auf etwa 26 000 ℳ beläuft. Es kam dann noch die Frage der Fundierung. Darüber gingen die Ansichten der Sachverständigen der Baukommission mit denjenigen der

Hochbaudeputation weit auseinander. Die Baukommission ist der Ansicht, daß ein spezieller Ansatz für Extrafundierung nicht notwendig wäre, indem die Fundierung auf armiertem Beton genügen würde und ganz sicher gebaut werden könnte. Die Herren wissen, daß der Baugrund, wo unser chirurgisches Krankenhaus steht, überaus schlecht ist. An einigen Stellen ist bis auf 36 Meter kein Grund zu finden. Es ist daher immerhin fraglich, ob die Ansichten der Baukommission sich in der Praxis als richtig erweisen werden. Die Baukommission ist daher auch der Ansicht, diese 11 000 ℳ, die für Extrafundierung beantragt werden, einstweilen nicht zu streichen, sondern die Ansicht auszusprechen, daß die Hochbaudeputation finden würde, daß mit armierter Betonfundierung auszukommen ist. Die Baukommission ist zu folgendem Beschlusse gekommen:

> Die Bürgerschaft genehmigt das vorgelegte Projekt im ganzen, wünscht aber einige bauliche Aenderungen in dem seitlichen Anbau für Privatkranke. Sie bewilligt die Kosten, vorbehältlich der Einreichung spezieller Pläne und Kostenanschläge, bis zum Höchstbetrage von ℳ 166 000,— für den hinteren Ausbau und ℳ 164 000,— für den seitlichen Flügelbau, indem sie erwartet, daß sich von diesen Beträgen von zusammen ℳ 330 000,— noch die für besondere Fundamentierung beantragten, in obigen Summen enthaltenen ℳ 11 000,— sparen lassen werden.

Ich darf wohl eben auseinandersetzen, daß auf diese Weise durch Abkürzung der Korridore ein Zimmer gewonnen würde, was genügend Licht und Luft haben würde.

Präsident: Sollte es sich nicht empfehlen, wenn die Herren der Baukommission ihre Wünsche präziser hineinschrieben? Wenn die Bürgerschaft den Antrag so annimmt, so weiß die Baudeputation nicht, was die Bürgerschaft will.

Herr Schrage: Es handelt sich um ein generelles Projekt. Die Pläne sind zu klein, als daß man speziell darauf eingehen könnte.

Präsident: Sie haben eben gesagt, Sie wünschten die Korridore verkürzt zu sehen. Das könnte denn doch in den Antrag hineingeschrieben werden.

Herr Schrage: Ich glaube, wir sollten das einstweilen lassen. Die speziellen Pläne müssen doch erst vorgelegt werden.

Präsident: Sie sagen aber, Sie wünschen einige bauliche Veränderungen, dann müßten Sie sagen, was das ist.

Herr Schrage: Praktischere Ausnutzung der Korridore.

Präsident: Wollen wir das nicht hineinschreiben?

Herr Schrage: Ja.

Präsident: Nun spricht aber die Deputation nicht von 330 000 ℳ, sondern von 356 000 ℳ.

Herr Schrage: Ich erlaubte mir zu sagen, daß die Baukommission 26 000 ℳ gestrichen hat.

Präsident: Ist denn die Meinung, daß die 30 000 ℳ für Inventar in dieser Summe sind?

Herr Schrage: Die liegen darin.

Präsident: Wollen Sie das nicht sagen?

Herr Schrage: Ja, bitte, „Einschließlich Inventar“.

Herr Plate: Der sehr eingehende Bericht des Herrn Direktor Sattler schildert, daß der Zustand des Chirurgischen Hospitals durchaus einer Besserung bedarf, vor allem müssen wir mehr Raum gewinnen. Der Plan ist seit langer Zeit sehr reiflich erwogen nach jeder Richtung, und die Herren, die sich damit beschäftigt haben, haben jedenfalls die größte Erfahrung darin, welche Anforderungen an ein chirurgisches Hospital gestellt werden müssen.

Die Anforderungen sind größer geworden, und ich möchte dringend bitten, an diesem Plane festzuhalten und die Abstriche, welche die Baukommission vorgeschlagen hat, nicht zu genehmigen. Was die Fundierung anbetrifft, so haben wir in den letzten Jahren sehr böse Erfahrungen gemacht, und es haben sich dann Nachbewilligungen als notwendig herausgestellt, die immer böses Blut machen und angenommen werden müssen. Wo es sich hier um einen Anbau handelt, da muß derselbe gut fundiert werden, damit sich nicht Risse zeigen. Wir sollten das den Ausführenden überlassen und den Betrag dafür bewilligen.

Herr Blanke: Zunächst möchte ich auf die letzten Worte des Herrn Rechnungsführers der Krankenanstalt eingehen. Es ist an der Summe für Fundamentierung nichts gestrichen. Es handelt sich bei dem Abstriche um den Kostenanschlag für zwei ungleiche Werte, die gleich bewertet sind. Die Hochbauinspektion hat für den Operationssaal und die zugehörigen Räume denselben Ansatz gemacht, wie für den südlichen Anbau, nämlich 20 ℳ für den Kubikmeter. Das stand nicht im Verhältnis zu den Ansätzen, die wir sonst machen, z. B. setzen wir bei den Schulen nur 15—16 ℳ ein. Hier hat die Baukommission 17 ℳ eingesetzt, und danach hat sie den Abstrich gemacht. Also dieser Abstrich war berechtigt; man kann nicht ungleiche Worte mit gleichen Kosten bewerten.

Was das Gebäude im allgemeinen anbetrifft, so sind wir alle damit einverstanden, daß Räume, in denen Kranke untergebracht werden, und die Räume, die dazu gehören, in möglichst vollkommener Weise ausgeführt werden sollen. Ich spreche nicht von dem

Seitenflügel-Anbau, der ist zweckentsprechend. Es ist schon lange ein Uebelstand, daß die großen Räume im chirurgischen Krankenhause nicht genügend ausgenutzt werden. Die Privatkranken hatten soviel Raum, wie sonst 2—3 Kranke, die in einem Zimmer liegen. Diesem Uebelstande hilft der seitliche Anbau ab, aber dieser hintere Anbau, der für Operationszwecke dient und drei Stockwerke haben soll, ist ebenso groß wie das ganze chirurgische Krankenhaus. Da stimmt nicht, was auf Seite 39 steht, daß die Vergrößerung das Maß des Notwendigen nicht übersteigt. Das Maß des Notwendigen ist meiner Meinung nach hier überschritten. Ich habe mich in der letzten Zeit viel mit Literatur über Krankenhäuser beschäftigt, aber gefunden, daß die Krankenhäuser bei weitem nicht die Ausdehnung haben wie dieser Anbau. Der eigentliche Operationssaal mit den Nebenräumen — ich gebe zu, daß die im alten Hause unzureichend sind — soll für infektiöse Operationen weiter benutzt werden. Der Anbau schließt einen Operationssaal ein, der wieder so groß ist wie der alte, und verschiedene Aerzte haben sich dahin ausgesprochen, daß der Operationssaal als solcher zu groß wäre. Man kann mit einem Vierspänner darin umwenden. Aber dieser neue Operationssaal wird dieselbe Länge erhalten, er wird nur durch einen Erkerbau verkürzt, mit demselben ist er gerade so lang wie der frühere. Aber diese Erörterung über Krankenhäuser in der Bürgerschaft würde zu lang führen. Ich habe mir erlaubt, folgendes Amendement zu dem Antrage der Baukommission zu stellen:

> Sie ersucht ferner den Senat, die Deputation für die Krankenanstalt mit einem weiteren Bericht darüber zu beauftragen, ob zum Zwecke einer weiteren Ermäßigung der Baukosten der projektierte hintere Anbau nicht wesentlich eingeschränkt werden kann.

Wir vergeben uns nichts. Das Verfahren ist in der letzten Zeit so gemacht, daß auf Wunsch der Bürgerschaft ein genereller Plan eingereicht ist, und der liegt hier vor. Wir haben gesehen, daß wir bei diesem Verfahren immer sehr gut gefahren sind, denn dann kann über die Raumdispositionen gesprochen werden, und es wird später der Bürgerschaft das ganze fertige Projekt mit dem Kostenanschlage vorgelegt. Jetzt ist es noch Zeit, daß Verbesserungen gemacht werden können. Ich meine, der Hinterbau könnte auf ein Viertel reduziert werden (Zuruf: Um ein Viertel!), umsomehr, weil die Treppenanlage ungefähr 10 Meter von der großen Treppenanlage eingebaut ist und sehr gut wegfallen kann. Der Apparatenraum, der elektrische und der kolossale Vorraum sind in anderen Krankenhäusern halb so groß, die können wesentlich reduziert werden. Ich glaube, daß dieser Anbau wesentlich eingeschränkt werden kann.

Das Amendement wird genügend unterstützt.

Herr Böttcher: Im allgemeinen kann ich mich den Ausführungen der Baukommission anschließen. Wenn wir diese Vorlage betrachten, so finden wir, daß die Anstalt zuerst eingerichtet war für 140 Betten, wir sind aber auf 220 gekommen. Da hatte ich geglaubt, wir würden eine Anzahl Räume für 80 Betten hinzu bekommen. Aber zwei Seiten weiter im Berichte wird erwähnt, daß die Vergrößerung der Bettenzahl der allgemeinen Abteilung nicht beabsichtigt ist. Ich sehe das ein, denn eine noch größere Zahl von Kranken würde für einen Direktor schwer zu übersehen sein. Dieser Anbau mit dem großen Operationssaal kostet viel Geld. Ich hatte mir darum überlegt, ob es nicht ratsamer sein würde, noch einige tausend Mark hinzuzulegen und einen Neubau zu errichten. Aber ich will nicht darauf zurückkommen. Es wird ein Anbau gefordert für 45 Betten für private und separate Kranke. Daß dieser neue Operationssaal sehr groß ist und viele Nebenräume hat, ist mir auch aufgefallen und daß daneben der alte Operationssaal bleiben soll, ist nach Ansicht der Aerzte nötig.

Im allgemeinen möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß, wenn eine Behörde Anträge an die Bürgerschaft stellt, sie diese Anträge nicht zweideutig stellt; das ist nicht mehr wie recht und billig, es muß genau gesagt werden: Wir wünschen das und das. Im Budget für 1905 steht unter Chirurgisches Haus: „Herstellen glatter Wände im Vestibül, Treppenhause und in den Korridoren des Mittelbaus sowie Erneuern des Anstrichs 3700 ℳ“ und in der Begründung dazu heißt es: „Zur Vermeidung von Staubablagerung und zum Zweck leichter Reinigung erbeten.“ Das war nicht mehr wie recht und billig, denn Reinlichkeit muß sein, und die herrscht hier. Die Säle sind abgeschlossen von den Korridoren, die Korridore sind der Neuzeit entsprechend eingerichtet, es sind keine Leisten angebracht, sondern alles ist mit Hohlkehlen. Die Korridore sind abgeschlossen vom Vestibüle, und dieses ist künstlerisch mit viel Geld ausgeführt; es macht einen prächtigen Eindruck. Nun kommt die Vorlage und sagt: Wir wünschen zwecks einer besseren Reinigung die Herstellung glatter Wände. Darunter versteht jeder Fachmann, daß die Wände geschliffen, gemalt und lackiert werden sollen. Dann sind sie wie Porzellan; es kann sich kein Staub darauf ablagern. Nun war der Budgetkommission zu Ohren gekommen, daß das nicht die Absicht wäre, sondern es sollte der Stuck, die verzierten Gesimse, die Kassetten usw. weggehauen werden. Die Budgetkommission sagte, das wäre der reine Vandalismus, daß das, was erst vor kurzem bewilligt war, jetzt wieder mit 3700 ℳ Kosten weggehauen werde. Die Budgetkommission war darüber einig, daß das unbedingt verhindert werden müsse. Es wurden 2000 ℳ bewilligt nur für Reinigung und Neumalen, damit dort peinliche Sauberkeit herrsche. Das ist leider durch den Vorsitzer und den Schriftführer

nicht zum Ausdruck gekommen im Begleitbericht der Bürgerschaft gegenüber. Das Protokoll wurde nachher fertiggestellt, ohne daß das zum Ausdruck kam. Die Mitglieder der Budgetkommission trifft insofern ein Vorwurf, sie hätten nicht so vertrauensselig sein dürfen; sie haben geglaubt, es genüge, wenn von der beantragten Summe 1700 ℳ gestrichen und nur 2000 ℳ bewilligt würden. Aber weil nun im Vestibül auf dem Gesims und den Verzierungen fortwährend Tuberkelbazillen, Cholerabazillen, Diphteritisbazillen, Bazillen, die gierig und hinterlistig sich auf die Patienten stürzen, (Heiterkeit), um sie zu Tode zu bringen, deswegen sollte alles weggeschlagen werden. Hätte die Bürgerschaft gewußt, warum es sich handelte, sie würde es doch in Ueberlegung gezogen haben das Geld zu bewilligen. Mir fällt da ein Wort ein: „Der Mensch hat seine Sprache, um seine Gedanken zu verbergen.“ Ich möchte bitten, daß so etwas hier nicht wieder stattfindet. Wir wollten nicht, daß die Gesimse usw. weggeschlagen werden sollten. Ich möchte bitten, in Zukunft unzweideutig zu sagen, was gewünscht wird.

Herr Dr. Feldmann: Die Ausführungen der Baukommission und der anderen Herren in der Bürgerschaft zeigen, daß das Projekt noch nicht in allen Teilen so durchgearbeitet ist, daß es der Bürgerschaft vollständig klar ist, und ich meine, daß es zweckmäßig sein wird, den Antrag der Baukommission und das Amendement des Herrn Blanke anzunehmen. Ich kann mir aber nicht denken, daß es möglich sein wird, den hinteren Bau so zu beschränken, wie Herr Blanke angedeutet hat. Ich meine, daß hier die Sachkenntnis der zunächst Beteiligten maßgebend sein muß, wenn sie sagen: Die Größe müssen wir haben, das brauchen wir. Daran müssen wir festhalten, daß in Bezug auf die Kranken nur das Beste und Vollkommenste hergestellt werden sollte.

Nun hat Herr Böttcher darauf hingewiesen, die Bürgerschaft habe sich bei der letzten Budgetberatung über einen Punkt, wegen des figürlichen Schmucks im Vestibul des chirurgischen Krankenhauses, in einem Irrtum befunden oder vielmehr, daß sie getäuscht worden sei. Das ist vollkommen richtig, die Bürgerschaft hat nicht gewußt, um was es sich handelte, wenn Herr Böttcher aber meint, die Bürgerschaft würde nicht gleich zugestimmt haben, wenn sie gewußt hätte, um was es sich handelte, dann bin ich doch anderer Meinung. Es besteht jetzt die Ueberzeugung, daß sich auf den Gesimsen in Krankenhäusern und chirurgischen Kliniken mit dem Staube Krankheitskeime ablagern, die sich wieder verbreiten und für die Wundbehandlung der Kranken gefährlich werden können. Wenn uns das nun mitgeteilt wäre, die Bürgerschaft würde sicher nicht gesagt haben, sie wolle die Bewilligung in Erwägung ziehen, sondern sie würde gesagt haben: Ja, das machen wir, lieber heute als morgen; denn die Gesundheit der Kranken steht uns viel höher als die Erhaltung des figürlichen Schmucks des Vestibüls. (Sehr richtig! Beifall.)

Senatskommissar Herr Senator Stadtländer: Es handelt sich nur um die vorläufige Einstellung eines Betrages, deshalb ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Anträge der Baukommission und des Herrn Blanke angenommen werden. Ich darf dabei annehmen, daß Herr Blanke nicht den Wunsch hat, die Deputation möge jetzt einen besonderen Bericht über die von ihm angeregte Frage erstatten, sondern daß er wünscht, es möge bei Bearbeitung des endgiltigen Projekts die Frage, ob die Räume für Operationen zu verkleinern seien, erwogen werden. Das soll gern geschehen. Im übrigen hat sich Herr Blanke wohl nur versprochen, wenn er sagte, seiner Ansicht nach könne der hintere Bau auf ein Viertel verkleinert werden: er hat wohl gemeint um ein Viertel. Die Frage wird also geprüft werden. Uebrigens daß die Räume ein bischen groß genommen werden, ist nur von Vorteil und kein Schaden. In der Bemessung dieser Räume soll man nicht zu ängstlich sein.

Dann hat Herr Böttcher der Deputation für die Krankenanstalt den Vorwurf gemacht, wenn ich recht verstanden habe, sie habe beim letzten Budget wegen der Wände im chirurgischen Hause nicht klar gesagt, was sie eigentlich wolle. Wir sind aber der Meinung, daß sie alles absolut klar gesagt hat. Wenn Wände, die nicht glatt sind, glatt gemacht werden sollen, so muß eben beseitigt werden, was nicht glatt ist. Das ist die Meinung gewesen, das ist in der Deputation besprochen und das ist der Budgetkommission klargemacht. Herr Böttcher sagt nun, die Budgetkommission sei anderer Meinung gewesen, und habe das Beseitigen der Stuckarbeiten nicht gewollt. Ist dies richtig, so hätte eben die Budgetkommission deutlicher sprechen müssen. Wie dem aber auch sei, jedenfalls hat Herr Dr. Feldmann recht: wenn es der Bürgerschaft klar gemacht wäre, um was es sich handelte, so würde sie unbedingt ihre Zustimmung gegeben haben und dabei wird sich auch Herr Böttcher beruhigen können.

Herr Blanke: Selbstverständlich habe ich sagen wollen „um“ ein Viertel. Mein Amendement soll nur bezwecken, daß die Hochbauinspektion jetzt nicht auf Grund des jetzt vorliegenden kleinen Projekts das größere Projekt ausarbeitet, ohne sich nochmal zu überlegen, ob die Räume nicht verkleinert werden können. Sie können verkleinert werden. Einige große Krankenhäuser, die in der letzten Zeit gebaut sind, haben für diese Zwecke bedeutend kleinere Räume und sie erfüllen auch ihren Zweck.

Herr Brinckmann: Auch ich kann mich den Ausführungen des Herrn Böttcher nicht anschließen. Ich gebe zu, daß in einer langen Reihe von Jahren der Betrieb der Krankenanstalt bedeutend bescheidener gehalten werden konnte als nun, aber, meine Herren,

wir müssen auch bedenken, daß auf wissenschaftlichem Gebiete ganz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind, gegen die wir uns auf dem Gebiete der Krankenhäuser jedenfalls nicht ablehnend verhalten dürfen. Ich möchte bitten, die Anträge wie sie vorliegen anzunehmen. Es wird gesagt, daß der neu geplante Operationssaal zu groß sei. Ich will Sie nicht langweilen, möchte aber kurz darauf hinweisen, daß ich seit einer langen Reihe von Jahren, seit der Verein für freiwillige Krankenpflege gegründet wurde, diesem angehört und Kurse und Wiederholungkurse genommen habe. Wochenlang bin ich zu dem Krankenhause gegangen und kann Ihnen sagen, daß der Operationssaal gar nicht groß genug sein kann. Auf diesem Gebiet werden soviele Anforderungen gestellt. Jetzt ist es dort ein wahrer Notbehelf, Zimmer werden zu Dingen benutzt, für die sie gar nicht bestimmt sind. Es ist sogar vorgekommen, daß das Bett eines Sterbenden auf dem Korridor gestanden hat und die Angehörigen hinter einem Bettschirm auf dem Korridor stehen mußten, um das Ende abzuwarten. Ich will mich nicht weiter darüber verbreiten und sie nur bitten: Nehmen sie die Vorlage an wie sie gestellt ist. Was wir hier tun, tun wir der leidenden Menschheit zugute.

Präsident: Herr Hormann hat Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben ist noch Herr Böttcher.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Amendement Blanke wird angenommen.

Der so amendierte Antrag der Baukommission wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 1906:

3. Neubau des Verwaltungsgebäudes.

Herr Rippe: Nach den vorliegenden Zeichnungen kann die Bürgerschaft sehr zufrieden sein. Es ist geschaffen, was sie wünschte und das Gebäude macht so einen besseren Eindruck als früher mit den kleinen Fenstern.

Herr Schrage: Der Wunsch der Bürgerschaft ging dahin, daß die Räume eine Beleuchtung von 1:6 der Fenster zur Grundfläche erhalten sollten. Die Hochbauinspektion hat infolgedessen neue Skizzen aufgestellt, die Sie dort an der Wand sehen. Projekt II erfüllt diesen Wunsch der Bürgerschaft im großen und ganzen, aber nicht buchstäblich, aber es hat gegen Projekt III, das Sie daneben sehen, einen entschiedenen Vorteil, indem es einen weit besseren architektonischen Anblick gewährt. Die Baukommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Projekt II den Wünschen der Bürgerschaft in genügender Weise entgegenkommt, indem es allermeist das Verhältnis 1:6 enthält. Einzelne Zimmer, wo aber nur ein bis zwei Personen sitzen, haben eine Kleinigkeit weniger Licht. Die Baukommission empfiehlt daher der Bürgerschaft, den Antrag des Senats anzunehmen und sich für Projekt II zu entscheiden.

Herr Wuppesahl: Ich verzichte.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 17. November 1905:

5. Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen.

Präsident: Dazu ist folgender Antrag eingegangen:

Die Bürgerschaft kann in der Mitteilung des Senats vom 17. November 1905, betreffend „Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen", eine erschöpfende Erledigung der von ihr am 23. März 1904 gestellten Anfrage nicht erblicken.

Die Bürgerschaft beschließt daher, um die wichtige Frage in allen Teilen zu einer den Interessen der Gesamtheit entsprechenden Lösung und Klärung zu bringen, die Niedersetzung einer Kommission von neun Mitgliedern, mit dem Auftrage, gleichzeitig auch eine Regelung des allgemeinen Fortbildungsschulwesens durch Landesgesetz zum Gegenstande ihrer Beratungen und tunlichst baldiger Berichterstattung zu machen.

Sie ersucht den Senat um kommissarische Vertretung.

Unterschrieben von Herrn Will und einer großen Zahl von Herren.

Herr Rassow: In Gemäßheit des Beschlusses der Bürgerschaft vom 23. März 1904 hat sich die Schuldeputation eingehend mit der Frage einer ortsstatutarischen Regelung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beschäftigt. Das Material, das der Schuldeputation unterbreitet worden ist und welches in der Hauptsache die Basis ihrer Erwägungen gebildet hat, ist meinen Herren ausführlich im Druck zugegangen. Da die Sache einer Kommission überwiesen werden soll, kann ich mich kurz fassen und erlaube mir nur wenige Worte zur Begründung der Vorlage.

Sie sehen aus dem Material, daß der Weg, der in der Angelegenheit eingeschlagen werden soll, verschieden beurteilt wird. So haben sich die vier kaufmännischen Korporationen dahin ausgesprochen, daß unbedingt der Schulzwang bis zum 18. Lebensjahre einzuführen sei, der Verein Bremer Ladeninhaber stellt sich zwar prinzipiell auf denselben Standpunkt, besonders für die Lehrlinge des Kleingewerbes, befürwortet aber,

die Erfahrungen der gewerblichen Fortbildungsschule abzuwarten. Die Handelskammer steht auf einem andern Standpunkt, als die Vereine; sie verneint, daß zur Zeit die Notwendigkeit, ein Ortsstatut zu erlassen, vorliege, und befürwortet, daß der Fortbildungsschule des Kaufmännischen Vereins einige Jahre noch Gelegenheit gegeben werde, sich zu entwickeln. Die Deputation ist, nachdem sie sich in mehreren Sitzungen mit der Sache beschäftigt hat, zu der Ansicht gelangt, daß ein hinreichender Nachweis für die Notwendigkeit eines gesetzlichen Zwanges zur Zeit ihr nicht erbracht erscheine und daß sie, wie die Handelskammer, es für richtig halte, daß zunächst der Unionschule noch einige Jahre ruhiger Entfaltung gegönnt werden. Die Handelsschule der Union hat sich, seitdem Direktor Müller die Denkschrift veröffentlicht hat, weiter befriedigend entwickelt. So ist mir mitgeteilt, daß in diesem Jahre die Zahl der Schüler sich auf 470 vermehrt hat und die Wochenstunden sich auf 154 gehoben haben. Der Zuwachs an Schülern beträgt mithin seit Eröffnung der Schule 76 Prozent, die Zahl der erteilten Wochenstunden hat sich um 221 Prozent gehoben. Das ist ein ganz erfreuliches Bild. Hinzukommt für die Deputation noch ein ferneres wesentliches Moment. Sie wissen, daß augenblicklich die Verhandlungen wegen der gewerblichen Fortbildungsschule in der Schwebe sind. Diese wird uns fraglos große finanzielle Opfer auferlegen. Die Deputation ist der Ansicht, daß es für unser kleines Gemeinwesen unklug sein würde, wenn es allzuviel auf einmal unternehmen und nicht zunächst die Erfahrungen, die mit der gewerblichen Fortbildungsschule gemacht werden, abwarten wollte. Bei diesem Stadium der Angelegenheit hielt die Deputation nicht für angezeigt, auf Einzelheiten einzugehen und etwa die Modalitäten, unter welchen eine Zwangsschule gegründet werden müßte, näher zu erwägen, hält es vielmehr für verfrüht, bereits jetzt dem Erlaß eines Ortsstatuts nahezutreten. Namens der Deputation kann ich nur bitten, vor der Hand dem weiteren Ausbau der kaufmännischen Fortbildungsschule durch Erlaß eines Ortsstatuts nicht näher zu treten.

Präsident: Es erscheint wohl zweckmäßig, die Debatte auf den Antrag auf Kommissionsberatung zu beschränken. Es lassen sich soviele Gründe für und wider die Sache anführen, daß wir wahrscheinlich heute nicht damit fertig werden würden. Das hat aber keinen Zweck, wenn wir der Kommission, einem kleineren Kreise, das sämtliche Material, das vorliegt, und auch etwaige Anträge, die hier gestellt werden, übergeben. Es scheint mir zweckmäßig, heute die Debatte auf die Kommission zu beschränken.

Zur Geschäftsordnung

Herr Rhein: Ich möchte bitten, dies nicht zu tun. Wir unsererseits können nicht damit einverstanden sein, weil wir bei der Gepflogenheit der Bürgerschaft, uns aus den meisten Kommissionen auszuschließen, leider sonst keine Gelegenheit haben, unsere Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Präsident: Ich habe meine Ansicht ausgesprochen. Ich habe ja die Entscheidung darüber zu treffen, wenn aber die Mehrheit der Bürgerschaft wünscht, daß keine Beschränkung eintrete (Lebhafte Rufe: Nein! Nein!) — — — nun, dann wollen wir es bei der Debatte über die Kommissionsberatung lassen.

Herr Will: In weiten Kreisen von Bürgerschaftsmitgliedern herrscht die Ueberzeugung, daß es unzweckmäßig sein würde, diese wichtige aber zurzeit keineswegs brennende Angelegenheit in ihrem gegenwärtigen Stadium schon dem ungewissen Ergebnisse einer Debatte im Plenum der Bürgerschaft auszusetzen. Dafür, daß der Wunsch der Bürgerschaft nach einer Kommissionsberatung auch nicht den Schatten von Verletzendem für die Schuldeputation enthält, spricht wohl am deutlichsten, daß sieben der Schuldeputation angehörende Herren nicht das leiseste Bedenken getragen haben, meinen Antrag zu unterschreiben. Eine Kommissionsberatung hat noch niemals Schaden, wohl aber oft schon großen Nutzen hervorgebracht, und von dieser Kommission verspreche ich mir ganz speziell das Gute, daß sie den sich jetzt stellenweise noch schroff gegenüberstehenden Meinungen Zeit und Gelegenheit zur Annäherung und zur Ausgleichung bieten wird. In dem festen Vertrauen, daß die Bürgerschaft mit großer Mehrheit die Niedersetzung der Kommission beschließen wird, darf ich mich auf diese kurze Empfehlung meines Antrages beschränken.

Herr Syndikus Rösing: Im Namen der Mitglieder der Bürgerschaft, die zugleich Mitglieder der Handelskammer sind, und denen, wie ich überzeugt bin, sich auch die übrigen Kaufleute in der Bürgerschaft anschließen, kann ich die Erklärung abgeben, daß sie, wie auch ich persönlich, mit einer Verweisung an eine Kommission durchaus einverstanden sind und eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit für wünschenswert halten.

Herr Rhein: Ich wollte zur Materie selbst sprechen — —

Präsident: Nur über die Kommission!

Herr Rhein: Wir sind an und für sich nicht gegen eine Kommission — aber es hat keinen Wert — —

Präsident: Ich habe Sie nicht verstanden.

Herr Rhein: Wir sind nicht gegen eine Kommission, sind aber der Meinung, daß wir dieser Kommission unsere Meinung auf den Weg geben sollten, ich kann aber ja nicht auf die Materie eingehen.

Präsident: Es tut mir leid, aber in diesem Augenblick sprechen wir nur über die Kommission.

Herr Nicolaus: Auch ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Herrn Will auf Kommissionsberatung allseitig zuzustimmen. Allein in einer Kommission wird es möglich sein, die Sache wirklich eingehend zu prüfen, und wenn sie eingehend geprüft wird und die Kommission kommt zur Ablehnung, dann wird sich auch die Bürgerschaft beruhigen.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Die Kommission wählen wir das nächste Mal.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 1906:

1. Errichtung geschlossener Flußbadeanstalten.

Herr Lankau: Gestatten Sie mir, daß ich, der ich von den Bürgerschaftsvertretern wohl der eifrigste Bader im Fluß bin — ich bade von Mai bis Oktober — —

Präsident: Darf ich bitten, lauter zu sprechen, ich verstehe kein Wort — —

Herr Lankau: Ach, das war nur die Vorrede. (Große Heiterkeit.) Ich wollte nur sagen, daß ich im allgemeinen den Ausführungen der Senatsvorlage und der Meinung der Polizeidirektion beitreten kann. Auch ich bin der Ansicht, daß auf der Strecke zwischen Hastedt und Woltmershausen wenig Anlaß vorliegt, eine neue Badeanstalt zu schaffen, aber auf der andern Seite möchte ich darauf hinweisen, daß es nötig ist, doch die Sache weiter zu untersuchen, insofern, als tatsächlich ein Bedürfnis vorliegt für eine Badeanstalt am rechten Weserufer unterhalb der Hafenanlagen. Das Wachstum der Vorstädte Walle und Gröpelingen ist ein immer fortschreitendes und es ist eine Tatsache, daß gerade bei den großen Hafenanlagen in sehr großer Hinsicht gesündigt wird gegen das Polizeiverbot, in der offenen Weser zu baden. Tatsache ist, daß die Leute, die da wohnen, durch die weiten Wege abgehalten werden, Badeanstalten zu besuchen, und wenn sie Lust am Baden finden, so sündigen sie gegen das Polizeiaufgebot und baden in der offenen Weser. Ich möchte bitten, folgenden Antrag anzunehmen:

> Die Bürgerschaft nimmt den Bericht dankend entgegen. Sie ersucht jedoch den Senat, die Polizeidirektion anzuweisen, für die Errichtung eines Badeplatzes am rechten Weserufer, unterhalb der Hafenanlagen, bemüht zu bleiben, da an dieser Stelle ein Bedürfnis für eine Badestelle vorzuliegen scheint.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Kruse: Wir sind mit diesem Berichte auch nicht ganz einverstanden. Es scheint, als wenn die Polizeidirektion sich die Sache leicht gemacht hat bei dieser Berichterstattung. Es wird nur gesprochen von den jetzt vorhandenen Badeanstalten und dann mitgeteilt, für wieviel Personen in jeder einzelnen Badeanstalt Raum ist. Aber es wäre interessant, zu hören, wieviel Raum für jeden Badenden gerechnet wird. Ich habe sehr oft Gelegenheit gehabt, beim Baden wahrzunehmen, daß die Badeanstalten so dicht benutzt sind, daß von einem regelrechten Baden nicht die Rede sein kann. Ich meine, wenn man ein Flußbad nimmt, dann muß man sich auch im Wasser herumtummeln und Schwimmversuche machen können. Das war in den meisten Badeanstalten nicht immer der Fall, und da ist es wohl am Platze, daß diese Badeanstalten vergrößert werden. Selbst die Polizeidirektion gibt zu, daß in der Badeanstalt in Hastedt die Zahl einigemal überschritten gewesen ist. Weiter spricht der Bericht nicht von zu gründenden Badeanstalten. Darin, daß die Strecke von der Kaiserbrücke bis zur Eisenbahnbrücke nicht in Betracht kommen kann, stimme ich Herrn Lankau vollständig zu. Sein Antrag deckt sich mit dem unsrigen, den ich stellen wollte; aber einer genügt. Es ist notwendig für die Arbeiter, die dort konzentriert sind, daß sie, wenn sie tagsüber in qualmigen, räucherigen Werkstätten arbeiten, daß sie ein Flußbad nehmen können. Es ist das für den Arbeiter so notwendig wie das Brot. Ich will darauf hinweisen, daß eine Badeanstalt am rechten Weserufer unterhalb Korffs Raffinerie stand. Ich selbst war damals noch Fabrikarbeiter und kann sagen, daß wir häufig hingegangen sind und gebadet haben, trotzdem diese Badeanstalt recht viel beeinträchtigt wurde von Oel aus Korffs Raffinerie. Aber es war doch immer ein Flußbad mit Licht- und Luftbad. Ich bin dafür, daß wir den Antrag von Herrn Lankau annehmen. Es ist mir klar, daß technische Schwierigkeiten in Betracht kommen, aber ich meine, daß bei gutem Willen sich sehr wohl ermöglichen läßt, Badeanstalten einzurichten. Man braucht nur darauf hinzuweisen, wie trotz des Verbotes in der offenen Weser gebadet wird.

Ich bitte den Antrag von Herrn Lankau anzunehmen.

Herr Leymann: Ich wäre auch für den Antrag von Herrn Lankau, aber ich möchte zu bedenken geben, daß wo unsere Häfen zu Ende sind, die Aktiengesellschaft Weser anfängt. Deren Anlagen liegen zur Hälfte an dem Durchstich der langen Bucht. Ich will zugeben, daß das Baden dort gefährlich sein würde. Es würde nicht anders möglich sein, als einen großen Einschnitt in das dortige Land am rechten Weserufer herzustellen, um dort eine Badeanstalt einzurichten, und dann wäre das steile Ufer und der rege Verkehr zu berücksichtigen; ich möchte deshalb zu bedenken geben, ob man da nicht lieber mit der Badeanstalt wegbleiben sollte im

Interesse der Sicherheit. Ganz anders liegt es auf dem linken Weserufer. Dort befindet sich ein flachabgehendes Ufer bis zur Langen Bucht, aber ich möchte raten, aus der Langen Bucht mit einer Badeanstalt fortzubleiben.

Herr Lankau: Ich glaube wir sollten uns den Kopf nicht zerbrechen und es der Polizeidirektion überlassen, was für Vorschläge sie uns macht. Gerade was Herr Leymann sagt, daß es gefährlich ist, in der offenen Weser zu baden, sollte uns Veranlassung geben zu fordern, daß die Polizeidirektion für einen gesicherten Badeplatz sorgt.

Der Antrag von Herrn Lankau wird angenommen.

3. Fuhrwerksverkehr in der Pieperstraße.

Präsident: Es meldet sich niemand zum Worte. Dann zeigen wir den Eingang des Berichts dankend an.

Schluß 8 Uhr 30 Minuten.